

Wie die Extremisten vom Staatsdienst fernhalten?

Wenige Kilometer von dem durch sein hervorragendes Bier bekannten Eifelstädtchen Bitburg entfernt, an den steilen, bewaldeten Ufern eines hufeisenförmigen Stausees, trafen sich in aller Abgeschiedenheit deutsche Juristen, Politiker und Journalisten zu den „6. Bitburger Gesprächen“. Thema der dreitägigen vom rheinland-pfälzischen Justizminister Theisen (CDU) geleiteten Veranstaltung, die vom „Verein zur Förderung der deutschen und europäischen Rechtsentwicklung Trier“ getragen wird, war: „Der Rechtsstaat in der Bewährung.“ Dieser Problemkreis beschäftigt in Westdeutschland auf Grund der Diskussion über die Einstellung von Extremisten in den öffentlichen Dienst und des international um sich greifenden Terrors eine breite und sichtbar beunruhigte Öffentlichkeit. Der Gedankenaustausch in Bitburg hatte also einen direkten Bezug auf die politische Realität unserer Tage.

Die Geister schieden sich

Ein Höhepunkt der Tagung war die Auseinandersetzung der eher konservativ geprägten Versammlung von bekannten Rechtsexperten mit dem deutschen Innenminister Maihofer (FDP), der sich vor allem mit den Abwehrmöglichkeiten des Rechtsstaats gegenüber dem Extremismus befaßte. Dies ist in Westdeutschland — wie der Fall Guillaume deutlich machte — schon wegen der Nachbarschaft zur kommunistischen DDR ein besonderes Problem. Unumstritten war darum auch in Bitburg, daß kein Verfassungsfeind in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden dürfe. In diesem Punkt sind sich die weitaus meisten westdeutschen Demokraten einig. Die Geister scheiden sich jedoch, wo es um die Kriterien geht, auf Grund derer ein Bewerber zurückgewiesen werden soll. Der Staat habe größtmögliche Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten, meinte der Innenminister in Bitburg und sah sich mit dieser Feststellung noch im Konsens mit seinen kritischen Zuhörern. Keine Zustimmung dagegen fand er mit der Behauptung, im Zweifel entscheide sich der Konservative für die Sicherheit, der Liberale dagegen für die Freiheit. Diese allzu plakative Formel, die Maihofer am FDP-Parteitag in Mainz noch erfolgreich angebracht hatte, konnte vor dem Bitburger Kreis nicht verfangen. Vor allem auch deshalb nicht, weil der Innenminister daraus schwerverständliche Konsequenzen für die Abwehr von Extremisten zog.

Prüfung in jedem Einzelfall

Maihofer vertrat die Auffassung, ein Bewerber für den öffentlichen Dienst habe Anspruch darauf, „daß in einem rechtsstaatlich gestalteten Verfahren festgestellt werde, ob Tatsachen vorliegen, die ernsthafte Zweifel begründen, daß er jeder-

zeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintreten werde“, wie dies das deutsche Beamtenrecht ausdrücklich verlangt. Voraussetzung dafür sei, daß jeder Einzelfall für sich geprüft und entschieden werden müsse. Die Mitgliedschaft bei einer eindeutig verfassungsfeindlichen Partei (wozu Maihofer beispielsweise die DKP zählt) schließt — nach Auffassung des Innenministers — die Gewähr der Verfassungstreue nicht unwiderlegbar aus. Sie sei nur ein Teil der Tatsachen, die für die Gesamtbeurteilung des Bewerbers durch die Einzelprüfung herangezogen werden müßten.

Hitler als Beispiel

Maihofer stand mit seiner Ansicht ziemlich allein da. Die Versammlung war fast geschlossen der Auffassung, daß die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei „einen begründeten Eignungsmangel für den öffentlichen Dienst“ darstelle. Ein Ausschluß sei aus diesem Grunde schon deshalb ohne weiteres zulässig, weil es keinen Anspruch auf einen Posten im Staatsdienst gebe. Als Beispiel wurde unter anderem die Tatsache erwähnt, daß der „Extremist“ Adolf Hitler in der Weimarer Republik beschworen hat, er stehe auf dem Boden der Verfassung.

Im übrigen wurde die Universität Bremen genannt, wo heute fünfzig Prozent der Professoren Marxisten sind, um zu demonstrieren, was für ein Risiko übertrieben „liberale“ Praktiken in sich bergen. Kommunisten berufen sich nämlich nur so lange auf liberale Grundsätze, als sie ihnen auf dem Marsch durch die Institutionen und an die Schalthebel der Macht behilflich sind. Sobald Kommunisten die Mehrheit errungen haben, werden die Liberalen ausmanövriert und der liberale Staat zerstört.

Peinliche Fragen unumgänglich

Die Diskussion zu diesem Thema führte zu keinem Ergebnis, Übereinstimmung der Meinungen war nicht zu erreichen. Maihofer wehrte sich gegen „jeden pauschalen Automatismus“ und trat für eine strenge Einzelprüfung ein. Dabei schien er zu übersehen, daß er seine vermeintliche Liberalität doch wieder mit Gesinnungsschnüffelei erkaufte, denn wie sollte eine Einzelprüfung ohne Dossiers und peinliche Fragen möglich sein? Im übrigen ist schwer vorstellbar, wie ein DKP-Mitglied — das sich einer Partei verschrieben hat, die die bestehende Verfassungsordnung bekämpft — zu einem aktiven Verteidiger ausgerechnet dieser Ordnung werden soll.